Ausgabe 4 | Dezember 2016

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Baustelle Bayern

Sozialer Wohnungsbau
Bezahlbarer Wohnraum – ein knappes Gut

3. Startbahn München
Kommt sie oder kommt sie nicht?

Doppelhaushalt 2017/2018
Mehr Mittel für die Kommunen!

Alexander Hold
Interview mit unserem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten

„Wir müssen um das Vertrauen der Menschen kämpfen."

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

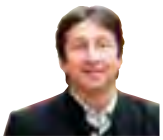
Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Baustelle Bayern

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Regierungserklärung im September zeigten sich die politischen Schwerpunkte der jeweiligen Fraktionen und auch die Positionen zu aktuellen Themen. Wenn wir auch weiterhin die regionale Energiewende – zukünftig auch gekoppelt mit „power-to-gas“ – vertreten und die geplanten Stromtrassen ablehnen, dann ist dies in meinen Augen mehr „Kontinuität und Weitblick“ (Motto der Regierungserklärung Seehofers) als dessen Schlingerkurs von Atomlaufzeitverlängerung (2010) über Atomausstieg (2011), Windkraftausbau (2011), 10-h-Regelung (2015) und Trassenablehnung (2013) bis zur Trassenzustimmung (2015).

Auch unsere Forderung nach neunjährigen Gymnasialzügen ist heute so richtig wie zu Beginn unserer Kampagne 2013. Dass die Regierung von einer schroffen Ablehnung dieser Idee bis hin zur Aussage, nur G8 sei genauso wenig zielführend wie G9, nicht mal ein Jahr brauchte, verwundert nicht, ist aber unserem Einsatz zu verdanken.

Die Ergebnisse der Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich sind für Bayern bei weitem nicht so glorreich, wie sie uns Seehofer verkaufen will – gerade auch weil im Gegenzug fatalerweise die bewährte Zuständigkeit für die Autobahn von Bayern auf den Bund verlagert werden soll. Beim Blick auf die Finanzlage Bayerns muss man auch die Kommunen sehen. Eine Entschuldung der Landesebene alleine hilft nicht weiter, wenn gleichzeitig die Kommunen immer mehr Schulden aufbauen müssen. Die Kosten der Jugendhilfe für volljährige Flüchtlinge müssen Land und Bund übernehmen! Schließlich noch die Achterbahnfahrt um CETA – kommunale Interessen wie die Daseinsvorsorge sind keinesfalls so unbehelligt, wie es CETA-Befürworter darstellen. Es gibt also weiterhin viel zu tun, bleiben wir dran!

Viel Freude beim Lesen!

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81675 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Titel (Alexander Hold), Seite 22: Beate Hones; Seiten 20/21: Nikolaus Hartung; Seite 23: Alexander Hold; Seiten 24/25, 29: Gottfried Obermair; Seite 30: Nick Hartung; Seite 31 (Kurz berichtet): Veronika Seitz; Thinkstock; Fotolia

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Doppelhaushalt 2017/2018: Schwerpunkte der FREIE WÄHLER Haushaltsanträge. 6

Sozialer Wohnungsbau 8

3. Startbahn München 10

Wahlfreiheit G8/G9 – ein Erfolg der FREIE WÄHLER Kampagne 12

Sportförderung in Bayern 13

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag: Feuerwehr – immer da, wo's brennt 14

Plädoyer für eine andere politische Kultur 15

Gesetzentwurf Integration. 16

Interpellation „Pflege in Bayern" 18

Krebsregistergesetz. 19

Parlamentarischer Abend „Der Bayerische Alpenraum" 20

Interview mit Alexander Hold 22

Jahresrückblick: unsere Messeauftritte 24

Verkehrsinfrastrukturgesetz 26

Steuerverschwendung bei staatlichen Baumaßnahmen 27

Trassenverlauf SuedLink 28

Fraktion vor Ort 29

Abgeordnete im Porträt: Eva Gottstein 30

Kurz berichtet 31

Zahl des Quartals 31

Was sonst noch los war 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Baustelle Bayern

Doppelhaushalt 2017/2018

Mehr Mittel für die Kommunen!

Bayerns Zukunft wird nicht im Maximilianeum, sondern in den Kommunen vor Ort von den Menschen entschieden. Deshalb setzen wir uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion für das Haushaltsjahr 2017/2018 für die Bereitstellung von mehr Mitteln für die Kommunen ein. Denn eines ist klar: Beim Blick auf die Finanzlage Bayerns muss man auch die Kommunen sehen. Eine Entschuldung der Landesebene alleine hilft nicht weiter, wenn gleichzeitig die Kommunen immer mehr Schulden aufbauen müssen.

„Unsere Schwerpunkte liegen auf mehr Mitteln für die gewaltigen Integrationsaufgaben, bei einer Stärkung der gesamten Infrastruktur und bei mehr Mitteln für die Schülerbeförderung. Im Einklang mit der Stärkung der Kommunen wollen wir so unser zentrales Anliegen der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Stärkung des ländlichen Raums vorantreiben."

Neben der Kommunalmilliarde brauchen wir auch Investitionen in den Staatsstraßenbau, in den Wohnungsbau und in Bildung und Erziehung. Wir fordern eine Erhöhung der Mittel aus dem allgemeinen Steuerverbund sowie aus dem Kfz-Steuerverbund. Die Mittel für Erhalt und Ausbau von Staatsstraßen sind laut Oberstem Rechnungshof (ORH) seit Jahren unzureichend. Um den bestehenden Investitionsstau aufzulösen, fordern wir hier jeweils 30 Millionen Euro zusätzliche Mittel. Darüber hinaus fordern wir weitere Mittel aus dem Kfz-Steuerverbund für den ebenfalls unterfinanzierten kommunalen Straßenbau und den ÖPNV.

„Mittelfristig müssen etwa 16 Prozent des bayerischen Kanalnetzes saniert werden. Viele Gemeinden werden diese finanzielle Mammutaufgabe ohne staatliche Unterstützung nicht leisten können. Wir wollen daher einen eigenen Fördertopf zur Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen."

Unter anderem fordern wir ein Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt kommunaler Schwimmbäder in Höhe von jeweils 15 Millionen Euro. Der Bayerische Städtetag schätzt, dass seit 1996 rund 150 Schwimmbäder im Land geschlossen wurden. Umso wichtiger ist es, dass die Kommunen im Freistaat moderne und sanierte Schulschwimmbäder vorhalten, damit möglichst alle Grundschulkinder das Jugendschwimmabzeichen Bronze (Freischwimmer) ablegen und damit als „sichere Schwimmer" gelten können. Die Kosten notwendiger Neubau-, Umbau- oder Erweiterungsmaßnahmen dürfen nicht allein auf die Kommunen abgewälzt werden.

Die Mehrausgaben unseres Haushaltsentwurfs von rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2017 und 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2018 sollten durch eine realistische Aufstellung des Haushalts, vor allem aber auch durch Entlastungen beim Länderfinanzausgleich gegenfinanziert werden. Der nun ausgehandelte Kompromiss ist in unseren Augen enttäuschend. Statt 2,7 Milliarden Euro Einsparungen ist es nun lediglich knapp die Hälfte. Damit hat Seehofer die von seinem Finanzminister gelegte Messlatte deutlich gerissen. Unbefriedigend ist auch, dass bis 2019 alles beim Alten bleibt. Wir hatten die Klage der CSU als „Akt der politischen Notwehr" unterstützt – jetzt wird sie sang- und klanglos zurückgenommen.

Unser Land hätte eine deutlichere Reduzierung der Zahlungen gebraucht, um seinen eigenen Zukunftsaufgaben gerecht zu werden. ■

Bernhard Pohl, MdL
Finanzpolitischer Sprecher

Baustelle Bayern

Mehr Mittel für den Wohnungsbau

Bezahlbarer Wohnraum – ein knappes Gut

Wohnen ist ein entscheidender Faktor für Lebensqualität. Umso wichtiger ist es, dass dieses wertvolle Gut auch für mittlere und untere Einkommen bezahlbar bleibt. Seit Jahren bleibt aber der geförderte Wohnungsbau in Bayern deutlich hinter dem notwendigen Ausmaß zurück. Sowohl der Freistaat als auch der Bund haben sich hier über Jahre hinweg aus der Verantwortung gestohlen. Die Staatsregierung selbst gab einen Bedarf von 3.000 bis 5.000 staatlich geförderten Wohnungen jährlich an. Tatsächlich aber wurden etwa im Jahr 2014 weniger als 2.000 geförderte Wohnungen fertiggestellt und im Jahr 2015 hatten wir den niedrigsten Haushaltsansatz für sozialen sowie geförderten Wohnungsbau in Bayern, obwohl die Steuereinnahmen im Freistaat seit 2008 um 30 Prozent gestiegen sind. Zudem sinkt der Bestand an Sozialwohnungen durch das Auslaufen der Sozialbindung.

„Die Wohnungsknappheit war bereits vor der Zuwanderungswelle absehbar. Seitdem hat sie sich noch weiter verschärft. Vor allem in Ballungsräumen herrscht in Bayern inzwischen eine massive Wohnraumknappheit. Sie macht sich in steigenden Mieten und auch höheren Kaufpreisen von Immobilien bemerkbar."

Die Staatsregierung hat in ihrem Haushaltsentwurf die vorgesehenen Fördermittel zwar erhöht, doch reicht dies bei weitem noch nicht aus, um den bereits bestehenden Mangel zu beseitigen. In unserem Haushaltsentwurf haben wir daher zusätzliche 210 Millionen Euro für Wohnraumförderung eingestellt und hier einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt. Dies auch vor dem Hintergrund, dass es der Freistaat versäumt hat, die 33.000 GBW-Wohnungen selbst zu kaufen und damit dauerhaft preiswerten Wohnraum vorzuhalten.

„Wir brauchen endlich mehr Investitionen in den geförderten und sozialen Wohnungsbau."

Selbst diese finanziellen Anstrengungen werden aber allein nicht ausreichen. Um zusätzlichen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen auch die Bedingungen für den Wohnungsbau deutlich verbessert werden. Wir brauchen dringend wieder eine degressive Abschreibung für Immobilien, um Investitionen in den Wohnungsbau zu generieren. Bis 2005 gab es für Neubauten die degressive Absetzung für Abnutzung (AfA), mit der Bauherren anfangs mehr Steuern sparen konnten. Diese Regelung wurde für Neufälle zum 1. Januar 2006 abgeschafft. Wir haben das immer bemängelt.

Die beschleunigte Abschreibung energetischer Sanierungen muss endlich umgesetzt werden, nachdem sie jahrelang ignoriert wurde. Diese zusätzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnraummangels hatten wir bereits 2015 in einem Dringlichkeitsantrag gefordert. Eine erneute Verschärfung der im Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Energieeinsparungsverordnung (EnEV) ist in meinen Augen eher kontraproduktiv. Denn die damit möglichen energetischen Einsparungen stehen in keinem Verhältnis zu den dafür erforderlichen Kosten. ■

Thorsten Glauber, MdL
Wohnungsbaupolitischer Sprecher

Baustelle Bayern

3. Startbahn für den Flughafen München

Kommt sie oder kommt sie nicht?

Das Tauziehen um die 3. Startbahn am Flughafen München geht weiter. In einer Regierungserklärung hat sich Ministerpräsident Horst Seehofer für den Bau ausgesprochen. Den Weg ebnen sollen ein Ratsbegehren und ein Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt. Damit soll das Votum der Münchener ausgehebelt werden, die sich 2012 gegen eine 3. Startbahn ausgesprochen haben.

„Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nehmen wir den Willen der Bürger ernst und sprechen uns seit Jahren gegen dieses unsinnige Großprojekt aus. Zur Farce geworden ist mit Seehofers Ankündigung der Dialog, den er vor einem Jahr geführt hat."

Ich erinnere mich an seinen Auftritt in Attaching, dem Ort, der von Lärm und Abgasen einer 3. Startbahn besonders betroffen wäre. Dort hat der Ministerpräsident den Betroffenen „starke Argumente" bescheinigt und vorgegaukelt, er allein könne eine Entscheidung treffen. Doch die wurde ein ums andere Mal verschoben.

„Während die Befürworter des Flughafen-Ausbaus in der CSU-Landtagsfraktion lautstark aufbegehrten, war von den angeblichen Startbahn-Gegnern in der Regierungspartei – darunter Umweltministerin Ulrike Scharf – nichts zu hören."

Es gibt zwei Interpretationsmöglichkeiten: Entweder war Seehofer immer für die dritte Piste und sein Bürgerdialog nur ein arglistiges Täuschungsmanöver. Oder er war dagegen, musste jedoch vor seiner Fraktion kuschen. Beides spricht nicht für ihn. 2015 vermeldete der Flughafen einen Anstieg der Starts und Landungen um 0,9 Prozent auf knapp 380.000. Zur Erinnerung: Auf den bestehenden Bahnen wären rechnerisch 480.000 Flugbewegungen pro Jahr möglich.

Heuer liegt das Plus bei rund vier Prozent. Diese Zahlen sollen nun einen erneuten Bürgerentscheid rechtfertigen? Der Zuwachs beruht vor allem darauf, dass sich Billigflieger wie Transavia in München ansiedeln, um Airlines aus der Lufthansa-Familie oder Air Berlin Konkurrenz zu machen.

Neue Verbindungen sind selten – stattdessen bieten die „Neuankömmlinge" auf bestehenden Strecken Kampfpreise. Die Angebote spiegeln keine tatsächliche Nachfrage wider, eine Bereinigung wird bald eintreten – Transavia zum Beispiel stellt erste unrentable Verbindungen 2017 wieder ein. ■

Benno Zierer, MdL
Abgeordneter aus Freising, umweltpolitischer Sprecher

Wahlfreiheit G8/G9

Im Interesse unserer Kinder

Die Hartnäckigkeit der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion beim Thema G8/G9 hat sich schließlich ausgezahlt. Ministerpräsident Seehofer hat in seiner Regierungserklärung am 28. September angekündigt, den Schülerinnen und Schülern an den bayerischen Gymnasien eine Verlängerung der Lernzeit zu ermöglichen. Er kommt damit unserer langjährigen Forderung nach mehr Zeit zum Lernen, mehr Zeit zum Leben nach. So weit die gute Nachricht.

Bereits im August hatte sich das bayerische Kabinett unseren Vorschlag der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 zu eigen gemacht. Die Staatsregierung hatte damals allerdings einen konkreten Fahrplan zur Umsetzung vermissen lassen. Auch Ministerpräsident Seehofer hat sich in seiner Regierungserklärung nicht dazu geäußert, wann die Wahlfreiheit tatsächlich möglich sein soll und wie sie konkret ausgestaltet werden soll. Kein Wunder, dass die Unsicherheit bei Lehrern, Eltern und Schülern nach wie vor hoch ist.

Wir sehen das Ministerium in der Pflicht, die Schulen zeitnah über alle Schritte zu informieren, um organisatorisches Chaos zu vermeiden. Doch eine tragfähige Grundlage für das notwendige Reformvorhaben ist noch nicht in Sicht. Die Zeit drängt, wenn zum Schuljahr 2017/2018 das ungeliebte G8 endlich durch ein G9 ergänzt werden soll, wie es sich die meisten Schüler und ihre Eltern wünschen.

„Welche Gremien sollen vor Ort über die Wahlfreiheit G8/G9 entscheiden? Stehen ausreichend Lehrkräfte für die Umsetzung der Pläne an den einzelnen Gymnasien zur Verfügung? Diese und weitere Fragen gilt es nun unverzüglich abzuarbeiten."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, bildungspolitischer Sprecher

Wir FREIE WÄHLER werden uns hier selbstverständlich auch weiterhin intensiv einbringen. Nach zahlreichen Dialogforen und dem Pilotversuch zum G9 muss eine Regierung in der Lage sein, sich ein Bild zu machen und zu entscheiden. Ein weiteres Hinauszögern der Wahlfreiheit sehen wir als reine Wahlkampftaktik, um dann 2018, also unmittelbar vor den Landtagswahlen, den Menschen die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zu präsentieren. Einen sachlichen Grund für ein weiteres Hinauszögern gibt es jedenfalls nicht.

Bei der geplanten Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 bleiben für Schüler und Eltern viele Fragen offen.

Wir FREIE WÄHLER fordern, einen „echten" neunjährigen Zug bereits ab der Unterstufe umzusetzen, die sogenannte Mittelstufe Plus reicht uns nicht. Wir wollen eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9, bei der die Schulen vor Ort entscheiden können. Genauso lautete der Vorschlag unseres Volksbegehrens vor zwei Jahren, den die Staatsregierung damals für undurchführbar erklärte, heute aber weitgehend kopiert. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Bildungspolitischer Sprecher

Sportförderung in Bayern

Eine offene Baustelle

Keine Frage: Viele Politiker der Regierungspartei sonnen sich gern im Glanz erfolgreicher Spitzensportler. Doch wenn es um die notwendigen finanziellen Mittel für die Sportförderung geht, sieht die Sache anders aus. Zwar wurden die Mittel für die sogenannte Vereinspauschale im vorliegenden Haushaltsentwurf endlich erhöht, doch ist unsere langjährige Forderung von 30 Cent noch immer nicht erfüllt. Dabei sind gerade diese Mittel ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Jugendarbeit in bayerischen Sportvereinen. Denn die Vereinspauschale kommt vor allem den in der Jugendarbeit besonders engagierten Sportvereinen zugute.

Auch in der Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus liegt einiges im Argen. Trotz der Sonderprogramme aus den Jahren 2012 und 2013 zur schnelleren Abfinanzierung des Förderstaus bei der Bezuschussung des vereinseigenen Sportstättenbaus sind immer noch viele Anträge offen, die nicht in angemessener Zeit abfinanziert werden können. Erschwerend kommen auch die veränderten Anforderungen bei Maßnahmen energetischer Sanierung an die Sportstätten hinzu, die in den nächsten Jahren realisiert werden müssen. Wir haben deshalb für den Doppelhaushalt gefordert, hier weitere Mittel einzustellen.

Darüber hinaus brauchen wir unbedingt ein Nachwuchsleistungssportkonzept, das selbstverständlich auch mit entsprechenden Mitteln unterlegt werden muss. Insbesondere sollen mit den zusätzlichen Mitteln die Trainerbudgets der bayerischen Sportfachverbände angehoben werden, im Bereich des Behindertensports und des Gehörlosensports sollen auch zusätzliche Mittel für neue Trainer bereitgestellt werden. Künftige internationale Erfolge bei Olympischen, Paralympischen oder Deaflympischen Spielen werden nur möglich sein, wenn Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung bereits auf ein professionelles Grundlagen- und Aufbautraining zurückgreifen können. Die Verbesserung und Förderung des Nachwuchsleistungssports ist dabei eine zentrale Aufgabe des Freistaats.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat dazu entsprechende Haushaltsanträge eingebracht. ■

DAS STICHWORT
Vereinspauschale

Die Vereinspauschale errechnet sich aus der Gesamtzahl der Mitgliedereinheiten eines Sportvereins multipliziert mit dem Wert einer Fördereinheit. Bei den Mitgliedereinheiten spielen das Alter der Mitglieder sowie die Zahl der Übungsleiterlizenzen eine Rolle.

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Feuerwehr in Bayern: immer da, wo's brennt

Die Freiwilligen Feuerwehren sind in ihrer Bedeutung für die Kommunen gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sie helfen buchstäblich überall, „wo's brennt". Nicht nur bei echten Bränden, sondern auch bei Unfällen und Notfällen jeder Art. Auch für den Zusammenhalt im Dorf ist eine intakte Feuerwehrgemeinschaft von großer Bedeutung.

Im Bayerischen Landtag versuchen wir FREIE WÄHLER daher, den Feuerwehren, so gut es geht, unter die Arme zu greifen. Dies beginnt bei den Jüngsten. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Einstiegsalter für Jugendfeuerwehren auf zehn Jahre gesenkt wird. Somit soll es den Feuerwehren ermöglicht werden, auch jüngere Kinder an ihre wichtige Arbeit heranzuführen. Umgekehrt legen wir aber sehr großen Wert auf die Feststellung, dass es keinesfalls verpflichtend sein darf, eine Kinderfeuerwehr zu unterhalten. Das „Ob" muss den Entscheidungsträgern vor Ort vorbehalten bleiben.

Ganz klar haben sich die FREIEN WÄHLER auch für die Anhebung der Altersgrenze bei der Freiwilligen Feuerwehr ausgesprochen. Die Vielfalt der Aufgaben bei den Freiwilligen Feuerwehren macht es möglich – und die familiäre und berufliche Situation vieler Mitglieder erfordert es sogar –, dass ältere Feuerwehrler mit ihrem Engagement und ihrem reichen Erfahrungsschatz den Feuerwehren länger als bisher erhalten bleiben.

Ein wichtiges Thema ist auch die Sicherheit der Feuerwehrler. Leider häufen sich in den vergangenen Jahren die Angriffe auf die Retter. Dem müssen wir entschieden entgegentreten. Wir haben bereits mit mehreren Anträgen darauf hingewirkt, dass Gewalt gegen Retter deutlich härter als bisher bestraft wird.

Neben der Freiwilligen Feuerwehr dürfen auch die Berufs-Feuerwehrleute nicht vergessen werden. Ihre Anliegen betreffen vor allem die Organisation der Schichtmodelle und hängen sowohl mit EU-Regeln als auch mit der Bayerischen Arbeitszeitverordnung zusammen. Dieses Dilemma wird der Landtag in den nächsten Monaten versuchen zu lösen.

In einem anderen Punkt darf es aber bei der Berufsfeuerwehr – anders als bei der Freiwilligen Feuerwehr – keine Diskussionen geben. Die Altersgrenze von 60 Jahren muss bleiben. Denn dieser Beruf ist körperlich extrem anstrengend. Dies ist niemandem zuzumuten, der die Altersgrenze erreicht hat. Mit seinem Wissen und seiner Erfahrung kann derjenige jedoch für jede Freiwillige Feuerwehr einen großen Gewinn darstellen. Denn dieser Beruf ist eine echte Berufung. ■

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher

Plädoyer für ein Umdenken

Wir brauchen eine andere politische Kultur!

Ihr Verhalten in der Flüchtlingsfrage brachte Teilen der CSU in letzter Zeit deutliche Kritik von Seiten der beiden Kirchen ein. Bereits im Mai kritisierte Landesbischof Bedford-Strohm Horst Seehofer, der ein „Ende der Willkommenskultur“ begrüßt hatte, ungewöhnlich hart und forderte eine Klarstellung. Doch damit nicht genug. Sowohl Kardinal Marx als auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick mahnten die CSU zur Verfassungstreue. Herabwürdigungen oder Verletzungen der Menschenwürde dürften Christen nicht stehen lassen. Erzbischof Schick wörtlich: „Ich will, dass alle, und besonders natürlich die, die ein C im Namen führen, sich auch entsprechend verhalten.“

Die Mahnung trifft also nicht eine Partei, auch wenn sie sich als explizit christliche Partei davon besonders angesprochen fühlen sollte. An dieser Stelle soll es aber nicht um eine Parteienschelte gehen, sondern um die Frage nach unser aller Werten und Wertvorstellungen.

Unbestritten ist: Wir stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Was uns hierbei aber nicht weiterbringt, sind Hassreden und das Schüren von Ängsten. Im Gegenteil, sie verschlimmern die Situation.

Stattdessen sollten wir uns auf unsere christlichen Werte der Verantwortung für unsere Mitmenschen besinnen – Nächstenliebe und Barmherzigkeit. Dass unsere Kirchenvertreter uns daran erinnern, ist ihre moralische Verpflichtung. Wenn man, wie die CSU, eine Leitkultur einfordert, dann sollte man sich dessen bewusst sein, dass diese Leitkultur nicht allein mit Spracherwerb und der Übernahme von Brauchtum erfüllt wird. Unserer abendländischen Kultur zugrunde liegen zuallererst die christlichen Werte der Verantwortung für unsere Mitmenschen.

Die Aufgabe der Politik ist es nun, eine christlich geprägte, friedliche Gesellschaft des Miteinanders zu ermöglichen. Dafür müssen alle demokratischen Kräfte zusammenstehen und Lösungsansätze und Orientierung bieten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass radikale Kräfte den sozialen und gesellschaftlichen Frieden in unserem Land gefährden. Deshalb ist mit dumpfer Stimmungsmache niemandem gedient. ■

„Hassreden und das Schüren von Ängsten bringen uns nicht weiter.“

Peter Meyer, MdL,
Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Peter Meyer, MdL
Vizepräsident des Bayerischen Landtags und kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Der Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER

Integration – eine gesellschaftliche Herausforderung

Bayern ist seit Jahren durch die Zuwanderung von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen geprägt. Viele der zu uns Kommenden wollen auch dauerhaft hier bleiben. Als FREIE WÄHLER wollen wir ihr Potenzial als qualifizierte Fachkräfte oder künftig zu qualifizierende Fachkräfte für den heimischen Arbeitsmarkt noch stärker als bisher nutzen. Um aber die Gefahr von Parallelgesellschaften zu vermeiden, brauchen wir eine wirkungsvolle Integration.

Seit Monaten wird darüber diskutiert, wie Integration am besten gelingen kann. Für uns als FREIE WÄHLER ist klar: Integration findet auf kommunaler Ebene statt. Landkreise, Städte und Gemeinden sind wichtige Schlüsselfiguren, damit Zuwanderer in Bayern optimal integriert werden können.

„Wenn ein Integrationsgesetz auf den Weg gebracht wird, dann muss darin geregelt werden, wie die Kommunen bei dieser Herkulesaufgabe unterstützt werden."

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

In unserem Gesetzentwurf findet daher die finanzielle Unterstützung für die Kommunen besondere Berücksichtigung.

Ein weiterer Unterschied zum Gesetzentwurf der Staatsregierung besteht darin, dass wir bestehende Strukturen stärken wollen. So soll die Position des Integrationsbeauftragten gefestigt werden, indem dieser vom Landtag gewählt wird. Zudem muss der Integrationsrat aufgewertet werden.

„Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe."

Florian Streibl, MdL

Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns kommen, Bayern als stark und weltoffen erleben. Nach dem Motto „Leben und leben lassen" findet jeder Einzelne im Freistaat Raum zur Selbstverwirklichung. Dazu bedarf es des Respekts und der Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen. Beides zusammen bildet den Kern der bayerischen Lebensart und trägt zu einem friedlichen Zusammenleben und der gesellschaftlichen Einheit im Freistaat bei. Die unterschiedliche Herkunft und der unterschiedliche kulturelle Hintergrund stellen eine Bereicherung für uns alle dar. Bestrebungen, die diese Vielfalt leugnen oder beseitigen wollen, wollen wir entschieden begegnen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sagen wir ganz deutlich, dass Rassismus und Extremismus jeglicher Art keinen Platz in unserem Land haben.

Wir verstehen Integration nicht als Assimilation. Gelingende Integration erfordert von den zu uns kommenden Menschen gerade nicht, dass sie ihre Herkunft leugnen und sich vollständig an die Kultur und Traditionen der Aufnahmegesellschaft anpassen müssen. Sie lässt vielmehr Raum für Unterschiede und gibt jedem Menschen auch das Recht auf Entfaltung seiner eigenen Persönlichkeit. Dabei sind selbstverständlich die Grundwerte, wie sie in der Bayerischen Verfassung und im Grundgesetz verankert sind, für alle verbindlich.

Die Würde des Menschen, die Freiheit der Person, die Gleichheit aller Menschen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zählen ebenso wie Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben zu den unveränderlichen Grundwerten. Diese Werte müssen daher von jedermann beachtet und eingehalten werden. Nur dieser gesamtgesellschaftliche Wertekonsens kann ein Band zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land bilden und sie zusammenwachsen lassen. ■

Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer, rechtspolitischer Sprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Integrationspolitischer Sprecher

Interpellation Pflege in Bayern

Wie steht es um die Altenpflege in unserem Land?

Wie steht es um die Pflege in Bayern? Darüber wollten wir FREIEN WÄHLER mit einer Interpellation Auskunft erhalten. Neben der Personalsituation interessierten uns dabei v. a. auch Fragen rund um die professionelle Pflege, zur Finanzierung und zur Dokumentation. Wichtige Fragen betrafen die ambulante, die stationäre und die häusliche Pflege. Die Antworten der Staatsregierung decken nun deutliche Mängel im Pflegebereich auf. Unser Ziel ist es, sie schnellstmöglich zu beseitigen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen wissen, wie es um die Interessenvertretung aller Pflegekräfte steht. Im Gegensatz zu anderen Berufen sollen im „Bayerischen Pflegering" die Einrichtungsträger in einem Beirat eingebunden werden, dessen Vorsitzender vom Ministerium bestimmt wird und der in bestimmten Fällen, die die Interessen der Pflegeeinrichtungen tangieren, an Entscheidungen der Körperschaft zwingend beteiligt werden muss. Dadurch erlangen die Einrichtungsvertreter einen erheblichen Einfluss. Dies ist in anderen Kammern undenkbar.

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht außerdem vor, dass der Beirat zur Hälfte aus Vertretern der Einrichtungen besteht. Sein Vorsitzender wird vom Gesundheitsministerium bestimmt. Das Votum des Beirats muss bei Fragen zur Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnen wir das Konstrukt der Staatsregierung vehement ab.

Laut gesetzlicher Vorgabe muss bei mehr als vier pflegebedürftigen Bewohnern mindestens jede zweite Pflegekraft eine Fachkraft sein. Unsere Nachfrage hat gezeigt, dass dies dauerhaft und in inakzeptabler Höhe nicht eingehalten wurde. Insbesondere nachts zeigen sich erhebliche Probleme bei der Einhaltung des Fachkräfteschlüssels. Außerdem sieht die Staatsregierung derzeit für die Errichtung neuer zusätzlicher Lehrstühle für Pflegewissenschaften keine finanzielle Möglichkeit. In Anbetracht des Fachkräftemangels halten wir das für nicht akzeptabel. Die Situation der Pflege in Bayern wird also ein politisches Dauerthema bleiben. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für die Lösung der Probleme ein, zum Wohle aller pflegebedürftigen Menschen. ■

DAS STICHWORT
Interpellation

Eine Interpellation ist eine große öffentliche Anfrage an die Staatsregierung über besonders wichtige Angelegenheiten. Unsere Interpellation umfasste rund 300 Fragen an die Staatsregierung.

„Wir brauchen eine Pflegekammer, in der sich die Pflegenden selbstbewusst vertreten können. Wir brauchen kein Konstrukt, das vom Ministerium gegängelt und von oben herab bevormundet wird."

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL, pflegepolitischer Sprecher

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher

Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Krebsregistergesetz

Keine unnötige Bürokratie!

Angesichts der Häufigkeit von Krebserkrankungen ist eine effektive Krebsbekämpfung eine große Herausforderung. Jeder weiß, welch schlimme Auswirkungen eine Erkrankung für die Betroffenen selbst, aber auch für ihre Angehörigen hat.

Das auf Bundesebene beschlossene Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz (KFRG) erfordert eine Reform der Krebsregistrierung, auch wenn es in seiner Begründung das hohe Niveau der bestehenden Krebsregistrierung in unserem Land ausdrücklich bescheinigt.

„Der CSU-Gesetzentwurf sieht eine Meldepflicht für Ärzte bei einer erstmals gesicherten Diagnose einer Krebserkrankung vor. Wir halten diese Verpflichtung für unnötig, sie würde zu einer erheblichen Belastung des Arzt-Patienten-Verhältnisses führen."

Dr. Karl Vetter, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher

Bei der Erstellung des Gesetzentwurfs hat die Staatsregierung es jedoch nicht für nötig befunden, die betroffenen Fachverbände wie die Bayerische Ärztekammer und die Kassenärztliche Vereinigung mit einzubinden – mit der Folge, dass der Gesetzentwurf in etlichen Punkten dringender Verbesserung bedarf. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Wir halten es für wichtig, die bereits bestehenden und effektiv arbeitenden Strukturen zu erhalten, auf ihrer Erfahrung aufzubauen und sie nicht mit unnötiger Bürokratie zu überfrachten.

Der Gesetzentwurf sieht eine Meldepflicht für Ärzte bei einer erstmals gesicherten Diagnose einer Krebserkrankung vor. Diese Verpflichtung soll unabhängig vom Patientenwillen sein und würde damit zu einer erheblichen Belastung des Arzt-Patienten-Verhältnisses führen. Wir halten diese Verpflichtung für unnötig. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns wird bereits jetzt, also ohne Meldepflicht, eine Meldequote von ca. 90 Prozent erreicht. Gegen die Einführung einer Meldepflicht spricht auch der bürokratische Aufwand für die Ärzte, die aufgrund drohender Rechtsfolgen wie einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro den Widerspruch umfassend dokumentieren müssten.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf können die Patienten der Speicherung ihrer Identitätsdaten zwar widersprechen, doch müssen diese nur dann unverzüglich gelöscht werden, wenn sie nicht mehr für die Qualitätssicherung, die Abrechnung oder sonstige gesetzliche Vorschriften benötigt werden. Durch diese weit gefassten Ausnahmen wird das Widerspruchsrecht in wesentlichen Teilen ausgehöhlt. Die Daten werden nämlich trotz des Widerspruchs des Betroffenen nicht sofort gelöscht. Als FREIE WÄHLER sind wir der Meinung, dass die Patienten über die Verwendung ihrer Identitätsdaten bestimmen können sollten. Das bedeutet, dass sie auch unverzüglich oder spätestens nach Ablauf einer konkret bestimmten Frist zu löschen sind, wenn Widerspruch eingelegt wurde. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

Parlamentarischer Abend

Der bayerische Alpenraum – Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum im Zentrum Europas

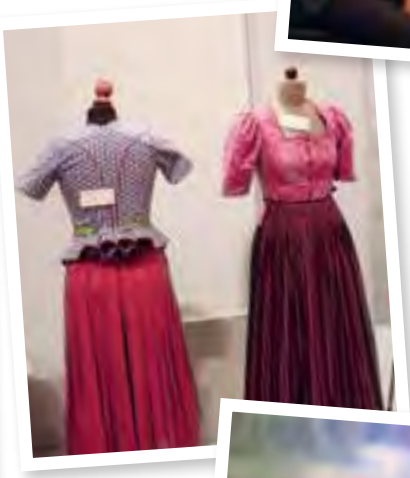
Die einzigartige Landschaft des bayerischen Alpenraums lockt alljährlich Millionen von Touristen und Freizeitsportlern. Doch die ausschließliche Betrachtung als Freizeitparadies wird der Region bei weitem nicht gerecht. Die bayerischen Alpen sind Lebensraum für viele Menschen. Sie dürfen nicht nur von Brüssel, Berlin oder München aus gesehen werden.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion veranstaltete deshalb einen Parlamentarischen Abend und beleuchtete Potenziale und Herausforderungen dieses wertvollen Lebens- und Kulturraums in drei Themenblöcken genauer. Wie wichtig das Thema ist, zeigte das überaus große Besucherinteresse.

Hermann Sonntag, Geschäftsführer des Naturparks Karwendel, befasste sich in seinem Vortrag mit dem Spannungsverhältnis von Naturschutz, sportlichen Aktivitäten und wirtschaftlichen Interessen. Seit Jahrhunderten wird der Alpenraum wirtschaftlich genutzt und von Menschen geprägt. Neben der Kulturlandschaft gibt es im Karwendel immer noch sehr viele unberührte Gebiete. Um die Interessen aller Nutzer in Einklang zu bringen, ist es unerlässlich, dass Naturschutz und Forst- und Almwirtschaft kooperieren. Hier ist die Region auf einem sehr guten Weg.

Dass der Alpenraum wirtschaftlich weit mehr als nur Tourismus zu bieten hat, legten **Torben Hansen,** Geschäftsführer des holzverarbeitenden Traditionsunternehmens Schotten & Hansen, und die Unternehmerin **Petra Waldherr-Merk,** Produzentin des traditionellen

> „Wir FREIE WÄHLER wollen keine Politik über die Köpfe der Bewohner hinweg gestalten, sondern die berechtigten Interessen der Menschen der Region berücksichtigen. Nur so kann der Alpenraum als Siedlungsraum weiterhin attraktiv bleiben."
>
> *Florian Streibl, MdL*



„Hirschkuss"-Kräuterlikörs, unterhaltsam und gleichzeitig eindrucksvoll dar. Beide Unternehmen sind international tätig, gleichzeitig aber auch stark lokal verwurzelt.

Was ist alpenländische Kultur? Mit dieser Frage befassten sich **Elisabeth Hinterstocker,** Leiterin des Stadtmuseums Bad Tölz, und **Hans Baur,** Hauptmann der Gebirgsschützenkompanie Wallgau. Am Beispiel der berühmten Wieskirche demonstrierte Elisabeth Hinterstocker Merkmale alpenländischer Baukunst. Sie wies darauf hin, dass der Alpenraum immer auch Durchgangsraum mit vielfältigen Bezügen nach Nord und Süd gewesen ist. Die Gebirgsschützen als gelebtes Brauchtum mit einer mehr als 400-jährigen Tradition stellte Hans Baur vor. Sie sind Teil eines regen Kulturlebens wie Trachten-, Musik- und Theatervereine. Leider haben all diese Vereine aber Nachwuchssorgen. Denn viele junge Menschen ziehen auch deshalb aus der Region weg, weil sie sich dort den teuren Wohnraum nicht mehr leisten könnten.

Neben den Vorträgen boten die Darbietungen der **Huber Dirndln** und der **Kerschbam Zittermusi** den Gästen einen äußerst stimmungsvollen musikalischen Rahmen.

„Dieser Abend hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig gelebte Werte und Traditionen für unsere Gesellschaft sind. Nur wer seine Wurzeln kennt, kann in einer globalisierten Welt bestehen."

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Die Besucher konnten sich außerdem bei verschiedenen Ausstellern ein Bild von der alpenländischen Handwerkskunst machen. ■

Florian Streibl, MdL
Abgeordneter aus Oberammergau

Alexander Hold während eines Interviews mit dem Bayerischen Rundfunk.

Interview mit unserem Kandidaten
für die Wahl zum Bundespräsidenten 2017

„Wir müssen um das Vertrauen der Menschen kämpfen."

Herr Hold, Sie engagieren sich seit Jahren in der Kommunalpolitik. Wie kam es zu diesem Engagement und welchen Stellenwert hat für Sie Kommunalpolitik?
Nach einer negativen Begegnung mit der Kommunalpolitik: Ich wollte mein Eigenheim in meiner Heimatstadt Kempten mit einem Flachdach bauen. Auch die Nachbarn hätten das übrigens wegen der besseren Aussicht toll gefunden. Als der Stadtrat das aber abgelehnt hat, habe ich mich zuerst geärgert. Dann sagte ich mir aber: Nicht über andere ärgern – besser machen!

Und warum haben Sie sich damals für die FREIEN WÄHLER entschieden?
Ich habe bei den FREIEN WÄHLERN zum einen die Wertvorstellungen wiedergefunden, die mir wichtig sind, und zum anderen vor Ort fähige und engagierte Menschen, bei denen ich mir sicher war, dass ich mit ihnen menschlich sauber und erfolgreich meine Heimatstadt voranbringen kann. Außerdem war mir wichtig, Politik sachorientiert und aus Überzeugung mitzugestalten – ohne Fraktionszwang und Parteienideologie.

Was hat Sie dazu bewogen, sich als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stellen?
Ich denke, dass unserem Land jetzt ein Präsident guttäte, der den Bürgern wieder Vertrauen vermittelt zu unserem Gemeinwesen, unseren Werten wie Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, einem konsequenten Rechtsstaat, zu Europa, einfach zu allem, was wir uns in den letzten Jahrzehnten erarbeitet haben.
Nach meinen Erfahrungen erreiche ich die Menschen mit solchen Themen – ohne auf populistische Parolen angewiesen zu sein, weil die Menschen mir vertrauen.

Wo sehen Sie persönlich die größten Baustellen in der Politik?
Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr verstanden und vertreten. In der Folge haben diese Menschen kein Vertrauen mehr in Politik, in die Medien, in die Demokratie und in unseren Rechtsstaat. Um dieses Vertrauen müssen wir aber kämpfen, auch wenn

Alexander Hold über ...

... sein eigenes Engagement in der Politik:
„Nicht über andere ärgern – besser machen!"

... die Folgen der Flüchtlingskrise 2015:
„Wo Politik die Kontrolle und Ordnung verliert, ist es sehr schwer, Vertrauen zurückzugewinnen."

... die größten Baustellen in der Politik:
„Dass viele Menschen sich von der Politik nicht mehr verstanden und vertreten fühlen."

manche Bürger Fakten und vernünftigen Argumenten gar nicht mehr zugänglich scheinen.
Denn wir dürfen – und das ist die nächste große Baustelle – all die Errungenschaften, die ich gerade genannt habe, nicht als selbstverständlich ansehen. Weder für Demokratie noch für Freiheit, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit usw. haben wir eine Garantie. Leider zeigt sich gerade in Polen, Ungarn und noch anderen Ländern, dass wir Tag für Tag sehr aufmerksam sein und dafür kämpfen müssen.
Für die meisten Menschen in Deutschland ist allein aufgrund ihres Alters Frieden eine Selbstverständlichkeit. Auch Frieden ist aber leider nicht selbstverständlich. Und wenn wir die europäische Idee, die vor allem auch eine Friedensidee ist, weiter kleingeistig ruinieren, rücken kriegerische Auseinandersetzungen schneller näher, als wir uns alle vorstellen wollen.

Wie könnte Ihrer Meinung nach das Vertrauen der Menschen wieder zurückgewonnen werden?
Wo Politik die Kontrolle und Ordnung verliert wie angesichts der Flüchtlingskrise 2015, ist es sehr schwer, Vertrauen zurückzugewinnen. Hier muss der Rechtsstaat klar zeigen, dass er sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt und Regeln auch konsequent umsetzt.
Außerdem haben die Menschen ein sehr gutes Gespür dafür, wann die Balance nicht mehr stimmt und Gerechtigkeit allzu oft auf der Strecke bleibt, sei es bei der Generationengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit oder Leistungsgerechtigkeit.
Hier muss die Politik nachsteuern, vor allem aber müssen Politiker den Bürgern wirklich zuhören, erklären und dort präsent sein, wo Menschen sich mit ihren Sorgen von der Politik vergessen fühlen. Ich habe sowohl in der Justiz als auch bei meiner Tätigkeit im Fernsehen und in der Kommunalpolitik erlebt, dass ich die Menschen auch ohne populistische Parolen erreichen kann, wenn sie das Gefühl haben, dass ich ernsthaft daran interessiert bin, ihnen gerecht zu werden.

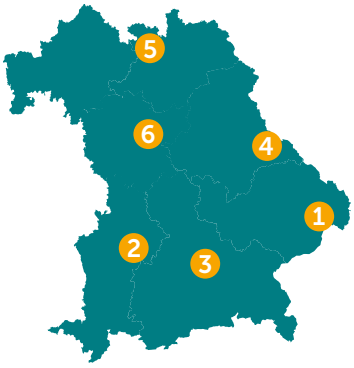
Zum Schluss noch eine Frage zu Alexander Hold privat. Was tun Sie am liebsten in Ihrer Freizeit? Haben Sie Hobbys?
Die Kommunalpolitik ist mehr als ein Hobby, lässt aber kaum Raum für andere Hobbys. Im Übrigen liebe ich es vielseitig, bin dafür aber nirgends gut: Skifahren, Eishockey, Mountainbiken, Wandern, Schwimmen, Motorradfahren, ins Theater gehen, Zeitung lesen, mit den Kindern Hausaufgaben machen, bei einem Glas Rotwein diskutieren ... ■

Alexander Hold
Geboren am: 11. März 1962 in Kempten
Wohnort: Kempten
Beruf: Jurist
Bundesweite Berühmtheit erlangte Alexander Hold durch die Gerichtsshow „Richter Alexander Hold", die seit 2001 ausgestrahlt wird.

Jahresrückblick

Wir sind vor Ort!

Als Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir mit den Menschen in ganz Bayern ins Gespräch kommen. Wir wollen wissen, was sie bewegt. Deshalb veranstalten wir nicht nur regelmäßig unsere Fraktionsklausuren in allen Teilen unseres Landes, sondern suchen auch auf Messen in allen Regionen des Freistaats den unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung. Einige Impressionen dieser Begegnungen zeigen wir Ihnen hier.



1. Passauer Frühling (05.03.–13.03.2016)
2. afa – Augsburg (02.04.–10.04.2016)
3. Die 66 – München (08.04.–10.04.2016)
4. Chamlandschau – Cham (16.09.–19.09.2016)
5. OFRA – Coburg (13.10.–16.10.2016)
6. Consumenta – Nürnberg (23.10.–01.11.2016)

Mensch
Oberfränkische

Herzlich
willkommen
in Coburg!

Privatisierung der Bundesautobahnen

FREIE WÄHLER gegen Seehofers Pläne

Ministerpräsident Seehofer hat die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich als Erfolg verkauft. Doch für diese finanziellen Erleichterungen zahlt Bayern einen hohen Preis. Denn der Freistaat hat im Rahmen der Verhandlungen seine Kompetenzen für den Betrieb, die Erhaltung und den Bau von Autobahnen abgegeben. Sie gehen nun auf eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft über. Damit ist eine Privatisierung unserer Bundesautobahnen möglich. Künftig genügt es nämlich bereits, wenn der Bund formal noch als Eigentümer im Grundbuch steht. Die Anteile der Gesellschaft können aber an Private verkauft werden. Der Bund möchte hier offenbar großen Konzernen in Zeiten niedriger Zinsen eine attraktive Anlagemöglichkeit bieten. Es ist zu befürchten, dass für entsprechende Renditen dann Maut erhoben wird.

> „Wenn der Bund großen Konzernen die Autobahnen als attraktive Anlagemöglichkeit anbieten sollte, ist zu befürchten, dass dann Maut erhoben wird."
>
> *Thorsten Glauber, MdL, verkehrspolitischer Sprecher*

Wir FREIEN WÄHLER halten das aber nicht nur aus diesem Grund für eine fatale Fehlentscheidung. Denn Bayern verliert damit nicht nur die Zuständigkeit für den Autobahnbau, sondern auch viele hundert Millionen Euro jährlich. Der Freistaat hat vom bisherigen System enorm profitiert, weil er durch schnelle Planung stets mehr Mittel verbauen konnte, als ihm zustanden. Bundesländer, deren Projekte noch nicht baureif waren, gingen leer aus. Allein in diesem Jahr belief sich die Summe auf 600 Millionen Euro, die Bayern auf diese Weise mehr in seine Infrastruktur fließen lassen konnte. Wenn Horst Seehofer dieses bewährte System nun bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich opfert, ist das eine Bankrotterklärung.

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Staatsregierung daher aufgefordert, die seit Oktober 2015 bestehende Beschlusslage des Landtags nicht länger zu ignorieren: Es gilt, die bewährte Zuständigkeit für Autobahnen in Bayern zu belassen und eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft zu verhindern. Die CSU lehnt dies mittlerweile aber ab und das gut funktionierende System wird nun durch sie zum Schaden Bayerns abgeschafft. ■

Thorsten Glauber, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

Steuerverschwendung

Sind staatliche Baumaßnahmen häufig zu teuer?

Dass staatliche Stellen häufig dazu neigen, insbesondere bei Baumaßnahmen teure Lösungen zu realisieren, ist immer wieder Thema im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags.

Ich möchte dies anhand von drei Beispielen erläutern. Die „Dokumentation Obersalzberg“ sollte nach den Planungen des Kabinetts ursprünglich für 14 Millionen Euro erneuert werden. Im Juli dieses Jahres wurde uns schließlich im Haushaltsausschuss eine Kostensumme von 21,35 Millionen Euro vorgelegt. Das Projekt wurde gegen die Stimmen der FREIEN WÄHLER genehmigt. Wir haben die Staatsregierung dazu aufgefordert, ihre selbstgesetzten Kostenziele einzuhalten. 14 Millionen Euro sind sowieso nicht wenig. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der Obersalzberg bloß „Täterort“ und keine Gedenk- und Erinnerungsstätte ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Bau der Mensa der TU Garching. Nach 35 Jahren ist ein Neubau nötig. Die Bewirtungsfläche ist auf 5.300 Essen ausgelegt, die Kosten belaufen sich auf 44,5 Millionen Euro. Der Haushaltsausschuss hat der Maßnahme mehrheitlich zugestimmt. Beim Bau ist gestalterisch, technisch und ästhetisch alles nur vom Feinsten. Ich verweise nur auf die repräsentative Stahl-Glas-Fassade. Muss das bei so einem Funktionsbau sein?

„Wir FREIE WÄHLER versuchen kostendämpfend zu wirken und zu hinterfragen, ob teure Projekte nicht günstiger umgesetzt werden können.“

Alexander Muthmann, MdL, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Bei repräsentativen Bauten, wie zum Beispiel dem Museum Brandhorst in München oder dem Museum für Bayerische Geschichte in Regensburg, ist es akzeptabel, zu gestalterisch anspruchsvollen und teuren Lösungen zu kommen. Die Gebäude sollen nicht nur funktionell sein, sondern auch ästhetisch Weltkultur zum Ausdruck bringen.

In manchen Fällen ist es den FREIEN WÄHLERN jedoch gelungen, eine Reduzierung der Kosten zu erreichen, wie zum Beispiel beim Bau der zentralen Aufnahmeeinrichtung für 523 Asylbewerber in der Bajuwarenkaserne Regensburg mit einem Verwaltungsgebäude. Der Haushaltsausschuss hat das 40,9 Millionen Euro teure Projekt mit den Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER genehmigt, obwohl die Kostensätze viel zu hoch angesetzt waren. Auch die Ausstattung im Verwaltungsgebäude ist unglaublich großzügig. Bei 110 Mitarbeitern sind neun Teeküchen, 17 Personal-WCs und 13 Putzkammern vorgesehen. Aber unsere Kritik hat Wirkung gezeigt. Wir haben derzeit die Information, dass die Maßnahme ohne Grund und Boden nur noch 32 Millionen Euro kosten wird. Dies ist immer noch sehr viel Geld, ständiges Kontrollieren ist also weiterhin notwendig. ■

Alexander Muthmann, MdL
Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Trassenverlauf der HGÜ-Leitungen

Dezentrale Energieversorgung statt Stromtrassen!

Voraussichtlich im Frühjahr 2017 wird der Übertragungsnetzbetreiber Tennet die Anträge auf Bundesfachplanung für die beiden geplanten Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ-Leitungen) SuedOstLink und SuedLink einreichen. Vor dem Start des Genehmigungsverfahrens hatte Tennet Vorschläge für Erdkabelkorridore vorgestellt und die Bevölkerung dazu eingeladen, sich an der Planung zu beteiligen.

Da die Trassen erst im Jahr 2025 fertiggestellt werden, kommen sie ohnehin zu spät. Denn das letzte Kernkraftwerk in Bayern geht bereits Ende 2022 vom Netz. Durch die nun beschlossene Erdverkabelung verteuern sich die beiden Projekte noch einmal um das Dreifache des ursprünglichen Kostenansatzes. Inzwischen geht man von Kosten in Höhe von 15 Milliarden Euro aus.

Wie stark die Böden durch Erdkabel erwärmt und damit ausgetrocknet werden und wie dann überhaupt Landwirtschaft auf diesen Abschnitten betrieben werden kann, wird sich erst in Zukunft zeigen.

Megastromtrasse SuedLink

Vorschläge für Erdkabel-Korridore

Quelle: Tennet

„Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns als einzige Fraktion mit guten Gründen gegen beide Stromtrassen eingesetzt. Es ist in unseren Augen völlig unverständlich, wie sich der Freistaat hier derart in Abhängigkeit von Stromimporten aus anderen Bundesländern begibt."

Thorsten Glauber, MdL, verkehrspolitischer Sprecher

Die neuen Zubauziele der Staatsregierung bei den erneuerbaren Energien liegen bei lächerlichen 0,4 Prozent pro Jahr. Die bayerische Vollbremsung bei der Energiewende durch die 10-h-Regelung, aber auch die verkorksten EEG-Reformen (z. B. Einführung der Sonnensteuer) haben dazu geführt, dass Bayern immer stärker von Stromimporten abhängig sein wird. Weit vernünftiger wäre eine dezentrale Stromversorgung mit erneuerbaren Energien in Bayern. Wir könnten uns damit große Stromtrassen ersparen und die regionale Wertschöpfung bliebe in Bayern. ■

Thorsten Glauber, MdL
Energiepolitischer Sprecher

FRAKTION VOR ORT ...

... in Weilheim

Patient Krankenhaus? – Wir leisten Erste Hilfe! So lautete der Titel dieser interessanten Veranstaltung. Mehr als 50 Prozent unserer Kliniken schreiben rote Zahlen. Eine wohnortnahe Krankenhausversorgung muss auch im ländlichen Raum sichergestellt werden. Deshalb brauchen vor allem kleinere Kliniken Unterstützung. Wie diese aussehen könnte, diskutierten die Abgeordneten Florian Streibl (3. von rechts) und Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (2. von links) gemeinsam mit den anwesenden Gästen.

... in Rentweinsdorf

TTIP/CETA – Brauchen wir ein Freihandelsabkommen? MdL Dr. Hans Jürgen Fahn (Mitte) informierte gemeinsam mit dem Fraktionsreferenten für Bundes- und Europaangelegenheiten, Karl Ilgenfritz, und Prof. Herbert Schmitz, der früher im internationalen Management tätig war, die Bürger in Rentweinsdorf genauer über die Freihandelsabkommen und legte den Standpunkt der FREIEN WÄHLER dar, wonach unsere bayerischen und deutschen Standards nicht verhandelbar sind. Deshalb sollen die Bürger darüber entscheiden, ob Bayern den Freihandelsabkommen im Bundesrat zustimmen soll oder nicht.

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich engagiere mich …

… für ein sicheres Bayern. Unsere Polizei leistet Großes für uns – mit meiner Politik möchte ich diese Arbeit unterstützen.“

Eva Gottstein

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Geboren am 12.11.1949 in Eichstätt

Wohnort: Eichstätt

Verheiratet, 4 Kinder

Beruf: Realschullehrerin (Deutsch, Erdkunde, Wirtschaft; Beratungslehrerin) und Realschuldirektorin

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich …
… die Ganztagsschule ohne Hausaufgaben einführen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich …
… Innenarchitektin/Beraterin für Haushaltsorganisation sein wollen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich …
… sie von klein auf mehr beteiligen – im Kindergarten, in der Schule, in der Kommune – ich muss sie mitreden lassen und sie ernst nehmen!

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich …
… nur Filme mit Happy End zulassen!

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich …
… eine Radltour von der Altmühlquelle bis zu ihrer Mündung in die Donau empfehlen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich …
… bei Sonnenschein das Ufer eines Badesees/einen Skihang bevölkern bzw. bei Nebel, Regen, Nieselwetter im Bett bleiben und lesen, lesen, lesen …

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich …
… allen Kindern auf der Welt gleiche Startchancen geben.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich …
… sie nicht benutzen.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Donnerstag, 13. Oktober

In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir einen umfassenden Bericht zum Verkauf der über 33.000 **GBW-Wohnungen.** Darin wollen wir u.a. wissen, ob es zutreffend ist, dass die Bayerische Landesbank schon 2008 versucht hat, GBW-Wohnungen zu verkaufen, und ob bei derartigen Veräußerungsversuchen die Patrizia AG bereits als Interessent mit der Bayern LB in Verhandlungen stand. Auch zum Mieterschutz verlangen wir detailliert Auskunft. Nach BR-Recherchen sollen die GBW-Wohnungen mittlerweile an ein Netz aus weitgehend unbekannten Investoren mit Sitz in Luxemburg verkauft worden sein.

Donnerstag, 20. Oktober

Gemeinsam mit der Fraktion der Grünen bringt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf ein, der die Staatsregierung an ein Nein-Votum im Bundesrat binden soll. Mit **CETA** gibt der Freistaat Souveränitätsrechte auf. Das wollen wir verhindern und CETA stoppen. Eine Mehrheit der Bayern lehnt das geplante Freihandelsabkommen CETA aus gutem Grund ab. Aber die bayerische Bevölkerung findet bislang kein Gehör bei der Staatsregierung.

Mittwoch, 26. Oktober

In einem Dringlichkeitsantrag fordert die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion die Staatsregierung auf, ihren Gesetzentwurf zur **Änderung des Katastrophenschutzgesetzes** nachzubessern und darin endlich eine vollständige Gleichstellung aller Rettungshelfer zu verankern. Für uns FREIE WÄHLER ist es nicht hinnehmbar, dass der Staat Helfer erster und zweiter Klasse definiert. Jeder Rettungshelfer ist gleich wichtig und soll auch gleich behandelt werden.

KURZ BERICHTET

Die Fraktion im Dialog

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion trifft sich mit Kommunalpolitikern und MdEP Ulrike Müller

Der Austausch mit Kommunalpolitikern ist den FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag wichtig – regelmäßig kommen sie hierzu mit Bezirksräten, Landräten und anderen kommunalpolitischen Vertretern ins Gespräch. Im November diskutierten die Abgeordneten im Rahmen ihrer wöchentlichen Fraktionssitzung mit FREIE WÄHLER-Landräten aus ganz Bayern sowie der Europaabgeordneten Ulrike Müller. Dabei ging es um aktuelle landespolitische Themen – vor allem aber darum, neue Themen aus Europa und den bayerischen Kommunen zu finden, die die FREIEN WÄHLER in den Landtag einbringen können.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Frage, wie es mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen weitergehen soll, sobald diese volljährig geworden sind, wurde von den Landräten thematisiert. Aber auch der akute Wohnungsmangel stand auf der Agenda. ■

Zahl des Quartals

110.000

In Bayern gibt es aktuell rund 110.000 Sozialwohnungen. Vor 20 Jahren waren es noch doppelt so viele.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift